

Lärm in Sicht - nur keine Lösung

Von Carsten Schönebeck

Bürgerdialog hin oder her: Die Bundesstraße lärmt weiter durch die Stadt Waren. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Politik und Verwaltung beteuern trotzdem das Gegenteil. Ein neuer Plan soll's richten.

WAREN. Schlechter Schlaf, Gehörschäden, Herzprobleme – die Anwohner der Bundesstraße 192 haben gute Argumente. Nur Geholfen haben sie bislang nicht. Den Verkehrslärm müssen sie weiterhin ertragen. Bei der Abstimmung im September entschied sich die Mehrheit der Warener gegen eine Ortsumgehung. Auch, weil es Zweifel gab, ob das Millionenprojekt tatsächlich Abhilfe schafft.

Wie es nun weiter geht, war in dieser Woche Thema im Bürgersaal. Beim Abschluss des Bürgerdialogs diskutierten Lärmgeplagte mit Vertretern aus Stadtverwaltung und Landespolitik. Das Wort der abendlichen Stunde: Lärmaktionsplan. An einem neuen wird gearbeitet. Den alten gibt es bereits seit 2009. Damals steckte die Lärm-Debatte offenbar in einem Tief. „Zu der Bürgerversammlung für diesen Plan kamen nicht mal ein Dutzend Leute“, erinnert sich Gunter Lüdde, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung.

Doch auch die Ergebnisse des 60-seitigen Dokuments sind bisher überschaubar, räumt er ein. Ein nächtliches Tempolimit für Lkw. Das war es dann auch. Im Frühjahr waren die neuen Schilder an der B 192 angebracht worden. Den Nutzen stellen viele der Anwohner in Zweifel und fordern schärfere Polizeikontrollen. Andere gehen



Aus der Luft lässt sich Waren wahrlich einfacher „umfahren“.

FOTO: FRANZISKA GERHARDT

noch weiter und hoffen, die Straße werde rund um die Uhr für alle Fahrzeuge zur 30er-Zone. Bis zum kommenden Frühjahr soll der neue Aktionsplan stehen.

In dem alten Dokument waren Verwaltung und Politik vom Bau einer Ortsumgehung ausgegangen. „2009 sah alles danach aus“, rechtfertigt Lüdde diese Planung. Jetzt also noch mal von vorn. Geschwindigkeitskontrollen, Grüne Welle, Flüsterasphalt – Vorschläge gibt es genug.

Doch hinter jeder Idee stehen gleich mehrere Fragezeichen, wie Rainer Espig (Die Linke) betont. Der Vorsitzende des Umweltausschusses verwies immer wieder auf lange Verwaltungswege. „Es wird schon geprüft, ob wir einen stationären Blitzer am Schweriner Damm installieren könnten“, so Espig. Zahl-

reiche Behörden hätten da ein Wörtchen mit zu reden. Fest steht: Die Stadt müsste die Anschaffungskosten von 100 000 Euro tragen. Der Erlös ginge allerdings an den Landkreis.

Verkehrsminister Volker Schlotmann wollte an anderer Stelle Hoffnung machen: Die Warener sollten darauf hoffen, dass zügig eine Verbindung zwischen Mirow und Wittstock gebaut wird. „Das wird große Teile des Durchgangsverkehrs weglocken“, so Schlotmann. Doch bis dahin können noch Jahre ins Land gehen.

Anfang Dezember will das Ministerium eine neue Studie vorstellen, die sich mit dem Lärm und möglichen Lösungen in Waren auseinandersetzt.

Kontakt zum Autor
c.schoenebeck@nordkurier.de



Carsten Schönebeck

Jetzt geht's erst richtig los!

Die Wut als letzter Hoffnungsschimmer

Jetzt wird es ganz, ganz bitter. Denn so richtig überzeugend war das alles nicht, was den lärmgeplagten Bürgern von der Verwaltung geboten wurde. Und ob der neue Aktionsplan einen solchen Namen verdient, wird sich erst zeigen.

Schon vor der Entscheidung gegen eine Ortsumgehung war klar: Waren braucht viele kleine Maßnahmen, um das große Problem in den Griff zu bekommen. Wie schwierig das ist, steht einigen der Akteure bereits jetzt ins Gesicht ge-

schrieben. Eine Hoffnung gibt es. Denn in der Debatte im Bürgersaal war richtig Feuer. Vor allem weil sich die Lärmgeplagten selbst verstärkt zu Wort melden. Angriffslustig bis an die Grenzen der Aggressivität.

Es scheint, als seien viele von ihnen jetzt erst richtig bereit, in der Diskussion mitzumischen. Wenn sie es schaffen, ihre Energie nicht in Beleidigungen und Hohn zu stecken, sondern auf Lösungen drängen, dann hat die Nachtruhe wieder eine Chance entlang von

Schweriner Damm und Mozartstraße. Auch dabei darf es ruhig hitzig und laut werden. Denn nettes Bitten hilft nicht weiter, das muss allen Beteiligten längst klar sein.

Immer noch erschreckend still ist es um die lokale Politik bestellt. Schon bei der Frage Ortsumgehung ja oder nein, sind viele Stadtvertreter ins Rudern gekommen. Keine Chance auf klare Kante. Dabei wäre es ihre Aufgabe, die Debatte zu moderieren und anzuführen.